



Zeitpolitik ist eine Zukunftsaufgabe. Schwarz-Gelb verschläft sie Mehr Zeit! Anders arbeiten, besser leben

Der Zeitdruck in unserer Gesellschaft steigt. Vor allem die Anforderungen der Arbeit – hohes Tempo, ständige Verfügbarkeit über vertraglich vereinbarte Arbeitsstunden hinaus – steigern die Belastung. Für viele Menschen ist etwas aus dem Lot geraten. Und das ist das Verhältnis zwischen Arbeit auf der einen Seite und Kindern, Familie, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung, ehrenamtlichem Engagement oder Freizeit auf der anderen Seite. Dabei möchten viele Menschen ihre Zeit anders gestalten, um ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen.

Immer mehr Beschäftigte drängen auf einen Wandel der Arbeitswelt. Sie sind leistungsbereit, wollen aber selbst entscheiden können, wie sie arbeiten. Einige Unternehmen haben reagiert und schaffen neue Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören unterschiedliche Arbeitszeitmodelle und neue Arbeitsformen. Aber das reicht nicht. Die Politik ist in der Pflicht, bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Leben zu schaffen. Wir brauchen eine neue Zeitpolitik, die umfassend ansetzt.

Die Regierung Merkel hat in den letzten vier Jahren ein folgenloses Versprechen nach dem anderen gemacht. Das Ergebnis: Es hat sich nichts bewegt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert neue Arbeitszeitmodelle, eine geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik, ein partnerschaftliches Elterngeld, bezahlte Pflegezeit sowie Ganztagsplätze an Kitas und Schulen.

1 Inhalt

1. Die Zeit wird knapp.....	1
2. Die Regierung Merkel – viel versprochen, nichts passiert	5
3. Unsere Politik: Mehr Zeit für ein besseres Leben	7

1. Die Zeit wird knapp

Der Zeitdruck in unserer Gesellschaft steigt. Schulzeit und Studium wurden verkürzt, der Berufseinstieg muss schnell gelingen und für den beruflichen Aufstieg gibt es nur ein begrenztes Zeitfenster. Gleichzeitig stellt die Arbeitswelt hohe Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: An ihre Präsenz am Arbeitsplatz, ihre Verfügbarkeit und ihre Flexibilität. So fühlen sich mehr als die Hälfte der abhängig Beschäftigten sehr oft oder häufig unter Zeitdruck.¹ Und damit geraten auch andere Lebensbereiche unter Druck. Das Ergebnis: Für viele Menschen ist etwas aus dem Lot geraten. Das

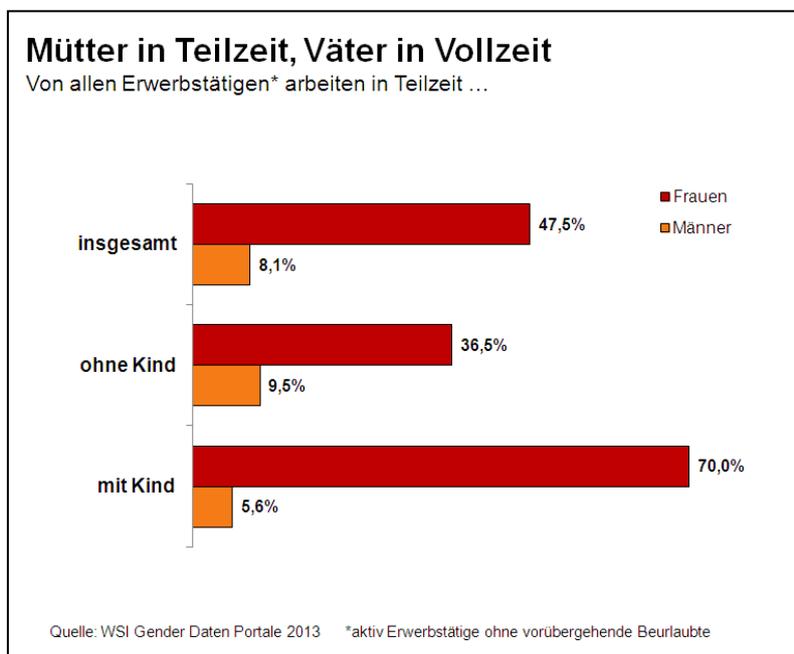
¹ DGB-Index Gute Arbeit, *Arbeitshetze, Arbeitsintensivierung, Entgrenzung* – Repräsentativumfrage 2011

Verhältnis zwischen Arbeit auf der einen Seite und Kindern, Familie, Pflege von Angehörigen, Weiterbildung, ehrenamtlichem Engagement oder Freizeit auf der anderen Seite. Dabei möchten viele Menschen ihre Zeit anders gestalten, um ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen.

Die Arbeitszeiten entsprechen nicht den Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Zum einen arbeiten abhängig Beschäftigte länger, als die arbeitsvertraglichen Vereinbarungen mit ihren Arbeitgeberinnen oder ihrem Arbeitgeber es vorsehen.² Frauen arbeiten im Schnitt zwei Stunden länger und kommen damit durchschnittlich auf 32,2 Wochenstunden. Männer arbeiten sogar vier Stunden länger als vorgesehen; sie arbeiten durchschnittlich 42,8 Stunden wöchentlich.³ Frauen würden im Schnitt gerne 30,6 Stunden arbeiten; die Wunscharbeitszeit von Männern liegt bei 39,2 Wochenstunden. Vollzeitbeschäftigte Männer würden sogar gerne fünf Stunden weniger arbeiten. Allerdings würden teilzeitbeschäftigte Frauen im Schnitt gerne drei Stunden mehr arbeiten. Fazit: Zwischen der Wirklichkeit am Arbeitsplatz und den Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer klafft eine Lücke.

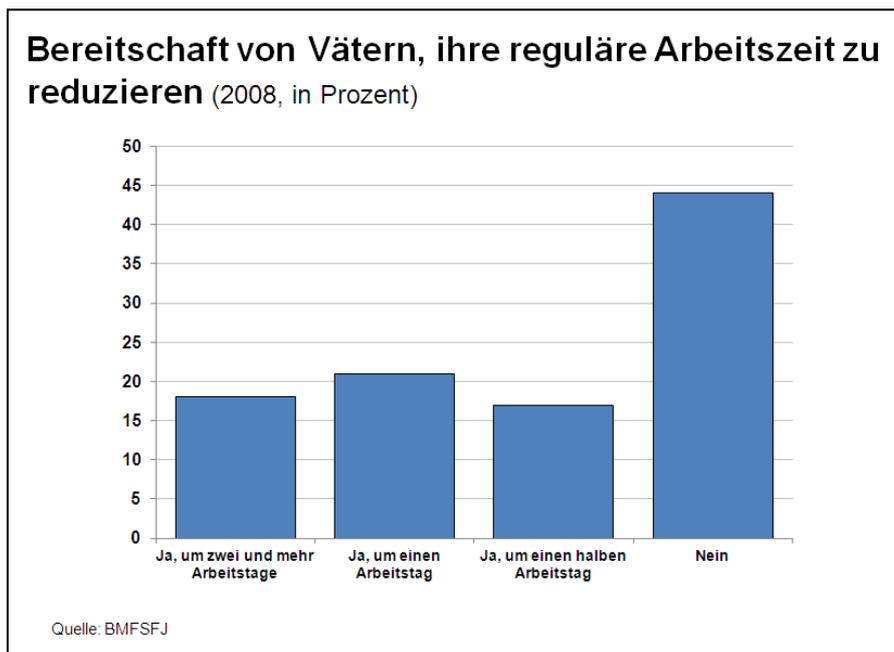
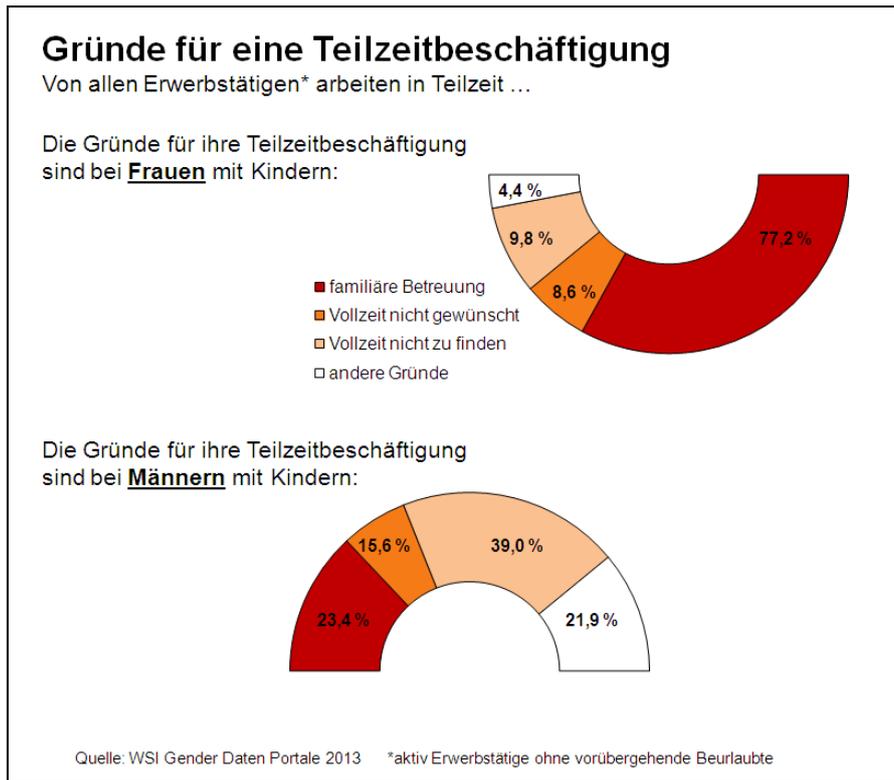
Frauen und Männer haben weiterhin sehr unterschiedliche Arbeitszeitmodelle. Während 47,5 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit arbeitet, trifft dies nur auf 8,1 Prozent der Männer zu. Diese Tendenz verstärkt sich, sobald Kinder in der Familie sind. Mehr als zwei Drittel der Mütter arbeitet in Teilzeit.⁴ Bei den Vätern ist es nur jeder zwanzigste. Es sind also noch immer vor allem Frauen, die ihre Berufs- und Karrierewünsche zurück stellen, um sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Für einige ist dies eine bewusste und freiwillige Entscheidung. Aber es gibt auch viele Frauen, die gerne eine Arbeit aufnehmen oder mit einer höheren Wochenstundenzahl arbeiten würden. Und es gibt Männer, die weniger arbeiten und mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen möchten.



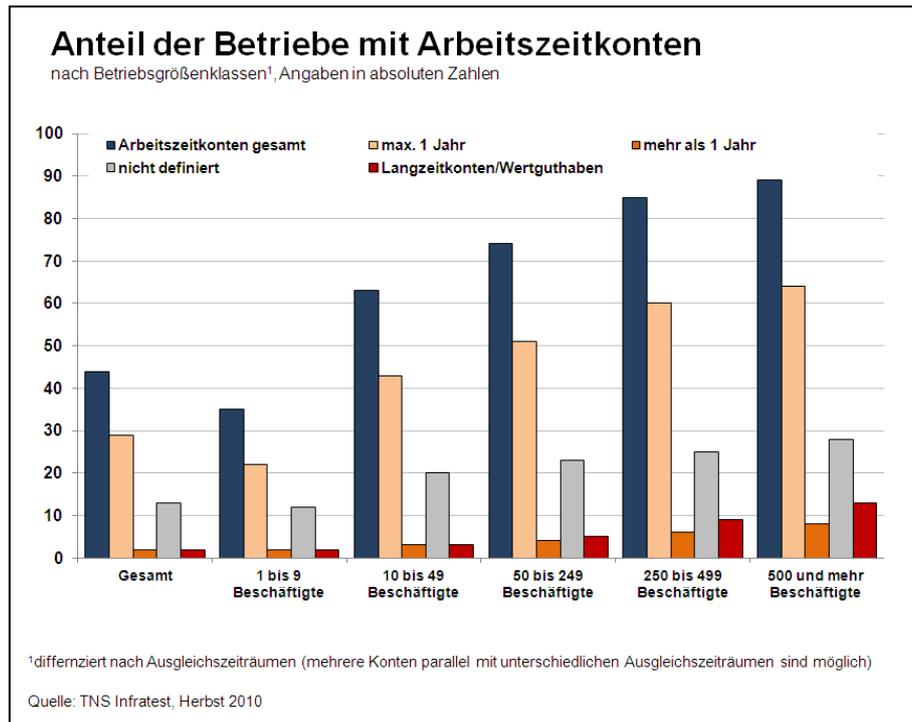
² Elke Holst, Hartmut Seifert, ‚Arbeitszeitpolitische Kontroversen im Spiegel der Arbeitszeitwünsche‘, *WSI Mitteilungen* 2/2012, S 144

³ ebd., Quelle: Sozio-ökonomisches Panel, 2009

⁴ Christina Klenner, ‚West-Müttern bleibt oft nur Teilzeit‘, *böckler impuls* 3/2013. Drei Viertel der erwerbstätigen Mütter in Westdeutschland arbeiten in Teilzeit, im Osten sind es nur 46 Prozent.



Die Arbeitswelt ist im Wandel. Unternehmen schaffen neue Rahmenbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu gehören unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, die den Zeitbedürfnissen in verschiedenen Lebensphasen angepasst sind. Auch neue Arbeitsformen mit weniger Präsenzpflchten und mobilen Lösungen wie Telearbeit und Videokonferenzen werden vielerorts ausprobiert. Durch den Fachkräftemangel wird sich diese Tendenz noch verstärken. Denn die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt in vielen Branchen – und das gilt auch für Berufseinsteiger, die potentielle Arbeitgeber mit neuen Vorstellungen von Vereinbarkeit von Beruf und Leben konfrontieren.



Nur mit einem gesellschaftlichen Wandel können neue Wege gefunden werden, um Arbeit und Leben besser miteinander zu verbinden. Zeitpolitik leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Rahmenbedingungen sich ändern. Denn dies betrifft nicht nur die Unternehmen sondern auch staatliche Angebote wie bspw. Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Nur wenn die Rahmenbedingungen sich ändern, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Wahl. Nur dann können Männer und Frauen auf Augenhöhe miteinander aushandeln, wie sie Arbeit, Kinderbetreuung und Pflege untereinander aufteilen.

Eine moderne Zeitpolitik soll....

....zu mehr Gleichstellung zwischen Frauen und Männern beitragen.

....die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.

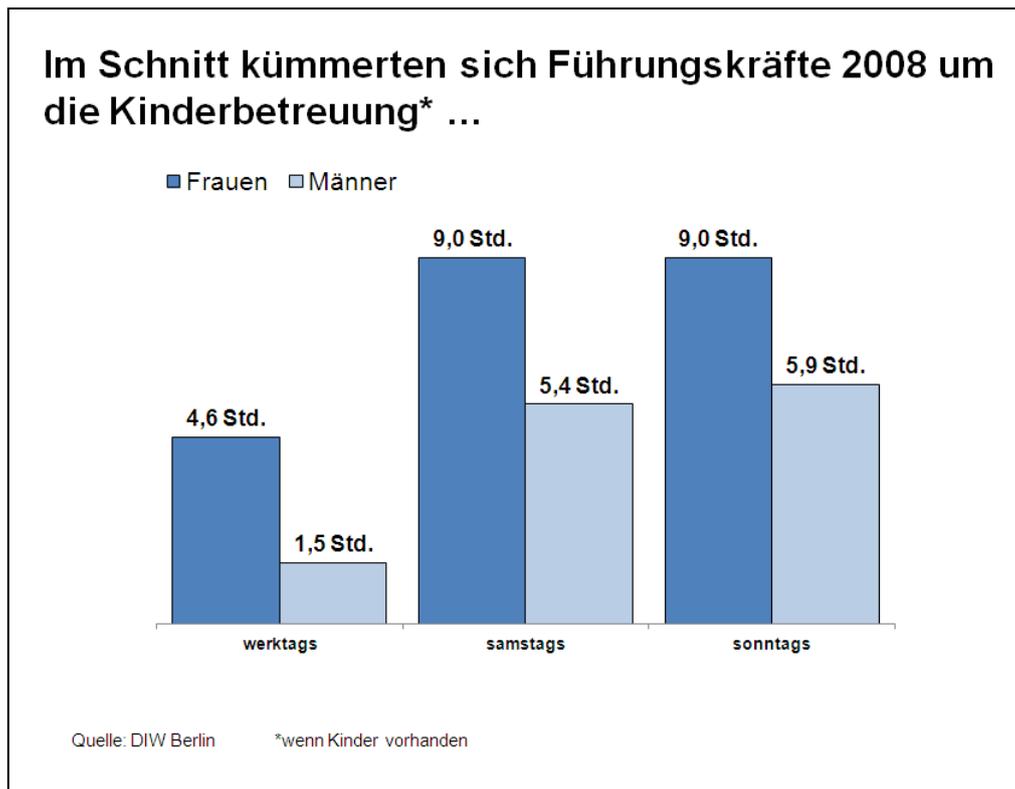
....die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie kulturelle, soziale und ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglichen.

....die verschiedenen Lebensphasen von Menschen beachten.

....lebenslanges Lernen ermöglichen.

....Raum für flexible Erwerbs- und Karriereverläufe schaffen.

....die Bedürfnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern miteinander in Einklang bringen.



2. Die Regierung Merkel – viel versprochen, nichts passiert

Die Regierung Merkel bleibt auch bei der Zeitpolitik bei ihrem bekannten Muster: Viel versprochen, nichts passiert.

Die Chronologie der folgenlosen Versprechen:

- **In ihrem Koalitionsvertrag geben CDU/CSU und FDP noch wohlfeile Versprechen:** „Eltern sollen die Wahlfreiheit haben, Familienleben und Erwerbstätigkeit nach ihren Wünschen zu gestalten.“⁵ Auch von gleichen Chancen für Frauen und Männer sowohl im Beruf als auch im Familienleben ist die Rede. Nach vier Jahren Schwarz-Gelb ist die Bilanz jedoch mehr als dürftig. Das Ergebnis: „Echte Wahlfreiheit“ – das hört sich wie der blanke Hohn an: Für Eltern, die keinen Kita- oder Ganztagsschulplatz für ihre Kinder bekommen. Für Frauen, die in der Minijob- oder Teilzeitfalle stecken. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwischen Beruf und Familie zerrieben werden.
- **Wie ambitions- und mutlos die Regierung Merkel das Thema Zeitpolitik angeht, zeigt sich bereits mit der „Charta für familienbewusste Arbeitszeiten“.** Sie ist reine Schaufensterpolitik ohne Wirkung. Im Frühjahr 2011 wird die Charta von Vertretern der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterzeichnet. Bundesfamilienministerin Schröder diskutiert mit ihnen über eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Doch mehr als ein Appell

⁵ „Wachstum.Bildung.Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP“, S.68

kommt dabei nicht heraus. Ebenso wie die freiwillige Selbstverpflichtung der DAX-Unternehmen zu einer unternehmensspezifischen Frauenquote wird die Charta folgenlos bleiben.

- **Bei der Veröffentlichung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung im Juni 2011 wird deutlich: Bundesfrauenministerin Schröder interessiert sich nicht für Zeitpolitik.** Die Ministerin nimmt den Expertenbericht nicht einmal persönlich entgegen, sondern schickt ihren Staatssekretär vor. Die beauftragten Experten haben sich insbesondere mit der Gleichstellung im Lebensverlauf befasst. Zu den vielen Vorschlägen, wie vor allem Frauen Erwerbstätigkeit und Familie vereinbaren können, hört man von der Ministerin kein Wort – nicht einmal in der Bundestagsdebatte am Internationalen Frauentag 2012. Die Botschaft: Zeitpolitik und Frauenpolitik sind auf dem Abstellgleis.
- **Auch der Achte Familienbericht „Zeit für Familie“ vom März 2012, der sich ausschließlich mit Zeitpolitik befasst, versandet. Bundesfamilienministerin Schröder täuscht zunächst Interesse vor – ohne dass daraus etwas folgt.** Öffentlichkeitswirksam wiederholt sie ihr Mantra: „Mütter und Väter sollen ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten und über ihre Zeit souverän und entsprechend ihrer Wünsche entscheiden können...“⁶ Sie verspricht kurzfristige Maßnahmen bei der Elternzeit, Großelternzeit, bei den Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen und Schulen. Und dann verschwindet der Familienbericht in der Schublade. Umsetzung: Fehlanzeige.
- **Die Diskussion über das Rückkehrrecht in Vollzeit – eine Scheindebatte.** Kurz vor dem Internationalen Weltfrauentag 2013 fordern Bundesarbeitsministerin von der Leyen und Bundesfrauenministerin Schröder öffentlich, dass Eltern, die zur Erziehung von Kindern in Teilzeit gegangen sind, einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in eine Vollzeitstelle erhalten. Der Koalitionspartner FDP sperrt sich. Und Bundesministerin Schröder gibt zu, dass sich deshalb in dieser Legislaturperiode in der Frage nichts bewegen wird. „Insofern wird das sicherlich ein großes Thema im Bundestagswahlkampf werden“, sagt sie. Falls es noch eines letzten Beweises für die Handlungsunfähigkeit der Regierung bedurft hätte – hier ist er.
- **Der Höhepunkt des folgenlosen Geredes: Der „Familiengipfel“ im März 2013. Sein einziger Zweck ist es, die Kulisse für eine weitere Sonntagsrede von Bundeskanzlerin Merkel zu geben.** Die Bundeskanzlerin fordert die Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften dazu auf, sich für ein familienfreundliches Arbeitsleben einzusetzen. So verhält sich die Chefin einer Koalition, die nicht gestalten will und auch nicht gestalten kann. Das System Merkel greift auch hier: Ankündigen, Beobachten und Abwarten. Der Gestaltungsanspruch der Politik wird damit ad absurdum geführt. Wie durchsichtig diese Position ist, wird von Teilnehmern des „Familiengipfels“ klar erkannt. Die IG Metall kommentiert: „Diese Schaufensterpolitik im Wahljahr bringt keiner Frau auch nur einen Zentimeter mehr Wahlfreiheit.“⁷ Auch der Deutsche Familienverband bescheinigt der Bundesregierung zwar, ein wichtiges Thema in Angriff genommen zu haben. „Aber die Umsetzung hakt und vieles ist in Symbolismus und Aktionismus stecken geblieben.“⁸

⁶ Vorstellung des Achten Familienberichts durch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, 14.03.2012

⁷ dpa, 12.03.2013

⁸ dpa, 12.03.2013

3. Unsere Politik: Mehr Zeit für ein besseres Leben

Unser Ziel ist, dass Menschen selbst über ihr Leben entscheiden – so wie sie es für richtig halten. Dafür braucht es eine individuellere und effektivere Gestaltung von Arbeitsweise, Arbeitszeit und Arbeitsort. Nur mit einer neuen Arbeitskultur und flexiblen Karrierewegen werden die Freiräume geschaffen, die alle brauchen – hier und jetzt und im Laufe des Lebens. Mehr Zeit für sich und seine Familie ist die wichtigste Voraussetzung für individuelle Zufriedenheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, müssen unterschiedliche Maßnahmen ineinandergreifen:

- Wir wollen ein umfassendes **Konzept für Arbeitszeitmodelle**. Denn Menschen haben in unterschiedlichen Abschnitten ihres Lebens verschiedene Zeitbedürfnisse. Daher brauchen wir rechtliche Regelungen, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und mehr Partnerschaftlichkeit zu ermöglichen. Dazu gehören:
 - Ein **Recht auf Teilzeit**, das sich besser durchsetzen lässt. Dabei geht es vor allem auch um geschlechtergerechte Teilzeitmodelle von 30 Wochenstunden.
 - Ein **Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit**, der den Wechsel von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung erleichtert. Damit gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einer bestimmten Zeit in Teilzeit wieder ihre alte Arbeitszeit. So kann verhindert werden, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit in eine „Teilzeitfalle“ mündet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen die befristete Arbeitszeitreduzierung auch verlängern können. Auch ein **Rückkehranspruch auf Vollzeit** muss gesetzlich verankert werden.
 - Eine klare Regelung, wie der **Anspruch auf Aufstockung der Arbeitszeit** verwirklicht werden kann.
 - Vorgaben für **Arbeitszeitkonten**. Dadurch werden kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. zur Organisation von Pflege und Betreuung möglich.
 - Anreizsysteme für Betriebe, um **Optionszeiten** (Erziehungs-, Bildungs- oder Pflegezeit oder auch andere Formen sozialer Arbeit) **Flexibilisierungsmodelle und Lebensarbeitszeitkonten** einzuführen.
- Wir brauchen ein neues **Konzept zur Wochenarbeitszeit**. Es soll an einem Runden Tisch mit den Sozialpartnern erarbeitet werden.
- Wir wollen die **Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie** verbessern – in allen Lebensphasen. Ausbildung muss auch in Teilzeit möglich sein. Ein „Erwachsenen-BAföG“ und die Aufhebung von Altersbegrenzungen für Ausbildungen und Stipendien sind vonnöten.

- Wir wollen eine **geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik**. Dazu gehört die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro die Stunde. Auch die Entgeltgleichheit für Männer und Frauen muss verwirklicht werden. Die sachgrundlose Befristung muss abgeschafft werden. Und wir brauchen eine gendersensible Betreuung durch Arbeitsagenturen und Jobcenter.
- Wir wollen das **Elterngeld partnerschaftlicher ausgestalten**. Unser Ziel ist es, die gleichberechtigte Aufteilung der Elterngeldmonate zwischen Müttern und Vätern zu fördern. Wenn beide Eltern Teilzeit arbeiten, darf das Elterngeld nicht mehr auf sieben Monate verkürzt werden.
- Wir wollen **Angehörige von Pflegebedürftigen dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren**. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedes Jahr einen Anspruch auf 10 Tage bezahlte Pflegezeit haben, um die Pflege ihrer Angehörigen zu organisieren. Für länger andauernde Pflegesituationen soll es eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung geben. Zudem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, wieder auf Vollzeit aufstocken können.
- Wir wollen die **frühkindliche Bildung ausbauen**. Dies soll in mehreren Schritten erfolgen:
 - Zunächst muss der **Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag** umgesetzt werden. Er gilt ab dem 1. August 2013.
 - Weiterhin soll die **frühkindliche Bildung für Kinder unter drei Jahren** ausgebaut werden. Dafür werden weitere Bundesmittel benötigt.
 - Die **Qualität der frühkindlichen Bildung** muss verbessert werden. Bund, Länder und Kommunen sollen auf einem Krippengipfel Maßnahmen für den Kita-Ausbau und eine Qualitätsoffensive verabreden. Dabei geht es vor allem um die Gewinnung, Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften.
 - Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder** ab 2020.
 - **Kinderbetreuung muss beitragsfrei und auf die Arbeitszeiten erwerbstätiger Eltern zugeschnitten sein**. Eltern brauchen Kinderbetreuung auch außerhalb der regulären Betreuungszeiten, bspw. wenn sie Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit verrichten oder in Ausnahmesituationen Unterstützung benötigen. Auch während der Schließzeiten von Kitas und in den Schulferien muss die Kinderbetreuung gesichert sein. Andererseits gilt: Auch die Arbeitszeiten müssen Grenzen respektieren, damit Eltern für Kinder da sein können.
- Wir wollen **Ganztagschulen ausbauen**, so dass ab 2020 für jedes Kind und jeden Jugendlichen ein Platz in einer Ganztagschule zur Verfügung steht – unabhängig von Wohnort, der Schulform oder dem individuellen Förderbedarf. Dabei kommt es nicht nur auf die Verlässlichkeit der Betreuung an, sondern auch auf die Qualität der Lehr- und Betreuungsangebote.

- Kommunen sollen die **Öffnungszeiten von öffentlichen Behörden, sozialen Einrichtungen sowie öffentlichen Verkehrsmitteln** an die Zeitbedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anpassen.
- Und schließlich soll das **Ehegattensplitting reformiert** werden, damit sich die Erwerbstätigkeit für verheiratete Frauen und Männer gleichermaßen lohnt. Für neu geschlossene Ehen soll eine Individualbesteuerung gelten, bei der die Unterhaltsverpflichtungen der Ehegatten berücksichtigt werden.

Nur durch das Zusammenwirken von gesetzlichen Maßnahmen, finanziellen Mitteln und neuen Rahmenbedingungen von Seiten der öffentlichen Hand und der Arbeitgeber wird die Arbeitswelt sich verändern. Es geht auch um einen kulturellen Wandel, der bewirkt, dass Arbeit und Leben – d.h. Partnerschaft, Kinder, Familie, Weiterbildung, ehrenamtliches Engagement - gleichberechtigt nebeneinander stehen.